

Mobilitätsstrategie 2035

Teilstrategie: Management des öffentlichen (Straßen-)Raums

**Hinweis/Ergänzung
vom 25.11.2024**

Kostenloses E-Mobilität Parken verlängern bis mindestens 2025

Antrag Nr. 20-26 / A 00364 von Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Sebastian Schall vom 14.08.2020

Schaffung von mehr Raum auf der Straße für Radverkehr, Fußverkehr, Grünflächen aber auch fließenden Verkehr und Reduktion von Parksuchverkehr durch ein elektronisches Parkplatzmanagement in Parkgaragen

Antrag Nr. 20-26 / A 00427 von Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Hans Hammer vom 21.09.2020

Einführung von Gäste-Parktickets für Anwohner

Antrag Nr. 20-26 / A 00846 von Herrn StR Hans Hammer vom 10.12.2020

Karte für mietbare Tiefgaragenstellplätze erstellen und online stellen

Antrag Nr. 20-26 / A 00940 von Herrn StR Prof. Dr. Hans Theiss, Herrn StR Hans Hammer vom 20.01.2021

Mehr Anwohnergaragen – Wegfall oberirdischer Parkplätze muss ausgeglichen werden

Antrag Nr. 20-26 / A 01316 der FDP BAYERNPARTEI vom 15.04.2021

Mit künstlicher Intelligenz die Parkplatzauslastung auf der Straße messen

Antrag Nr. 20-26 / A 01331 von Frau StRin Sabine Bär, Herrn StR Hans Hammer, Frau StRin Alexandra Gaßmann vom 19.04.2021

Parken in Wohnstraßen

Antrag Nr. 20-26 / A 01443 von Herrn StR Alexander Reissl, Frau StRin Alexandra Gaßmann, Frau StRin Veronika Mirlach, Herrn StR Fabian Ewald vom 12.05.2021

Tagesparkticket

Antrag Nr. 20-26 / A 01844 von Frau StRin Alexandra Gaßmann vom 19.08.2021

Geh- und Radwegparken unterbinden II (Radwegsicherheit XXV)

Konzept für Lieferzonen und Kurzzeitparken überarbeiten

Antrag Nr. 20-26 / A 02631 von Frau StRin Sonja Haider, Frau StRin Nicola Holtmann, Herrn StR Dirk Höpner, Herrn StR Tobias Ruff vom 07.04.2022

Verkehrsgefährdendes Parken unterbinden (Radwegsicherheit XXVII)

Parken neben Schanigärten und lokalen, dezentralen Fahrradabstellanlagen sanktionieren

Antrag Nr. 20-26 / A 02633 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 07.04.2022

Gehwege für Fußgänger:innen freihalten – geltendes Recht durchsetzen!

Antrag Nr. 20-26 / A 02923 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 15.07.2022

Genauere Erfassung aller gestrichenen Parkplätze sicherstellen

Antrag Nr. 20-26 / A 02995 von der Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Hans Hammer vom 04.08.2022

Systematisches Gehwegparken unterbinden II – Beschilderung von Parkverboten ausweiten

Antrag Nr. 20-26 / A 03108 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 29.09.2022

Im Umfeld geplanter Mobilitätspunkte Gehwegparken unterbinden

Antrag Nr. 20-26 / A 4166 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 21.09.2023

Gehwegparken um Umfeld von bestehenden Mobilitätspunkten unterbinden

Antrag Nr. 20-26 / A 04167 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 21.09.2023

Prinz-Eugen-Park: Parkplätze nur als Kurzparkzone

Empfehlung Nr. 14-20/ E 01841 des Stadtbezirkes 13 - Bogenhausen vom 26.10.2017

Park-and-Ride-Anlage unter dem Wettersteinplatz

Empfehlung Nr. 14-20/ E 02334 des Stadtbezirkes 18 – Untergiesing - Harlaching vom 15.11.2018

Schrittweise Reduzierung der Abstellflächen für Kfz im 6. Stadtbezirk - jährlich um 2 %

Empfehlung Nr. 14-20 / E 02950 des Stadtbezirkes 06 – Sendling vom 24.10.2019

Jährliche Anpassung der Parkgebühren

Empfehlung Nr. 14-20 / E 03003 des Stadtbezirkes 18 – Untergiesing - Harlaching vom 07.11.2019

Jährliche Anpassung der Parkgebühren entsprechend des Verbraucherpreisindex Deutschland (VPI)

Empfehlung Nr. 14-20 / E 03066 des Stadtbezirkes 07 – Sendling - Westpark vom 19.11.2019

Das Abstellen von Kraftfahrzeugen, E-Scootern, E-Fahrrädern, Motorrollern und Elektrorollern auf Gehwegen soll verboten werden.

Empfehlung Nr. 14-20 / E 03112 des Stadtbezirkes 03 – Maxvorstadt vom 28.11.2019

Behördliches Vorgehen gegen auf Gehwegen fahrenden und abgestellten E-Scootern und Motorrollern

Empfehlung Nr. 14-20 / E 03165 des Stadtbezirkes 09 – Neuhausen-Nymphenburg vom 28.11.2019

Verkehrsstatistik zu Parkplätzen verbessern und öffentlich zugänglich machen

Empfehlung Nr. 20-26 / E 00136 des Stadtbezirkes 03 – Maxvorstadt vom 09.07.2021

Park-Gutscheine für Familie und Freunde

Empfehlung Nr. 20-26 / E 00216 des Stadtbezirkes 01 – Altstadt-Lehel vom 12.07.2021

Bereitstellung von Parkplätzen für Anwohner*innen

Empfehlung Nr. 20-26 / E 00244 des Stadtbezirkes 01 – Altstadt-Lehel vom 12.07.2021

Gerechte Nutzung des öffentlichen Raums / Abstellgebühr für Fahrräder und E-Scooter

Empfehlung Nr. 20-26 / E 00838 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 01 - Altstadt-Lehel vom 15.09.2022

Fahrradfriedhof Innenstadt

Empfehlung Nr. 20-26 / E 00845 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 01 - Altstadt-Lehel vom 15.09.2022

Gehwegparken muss geahndet werden

Empfehlung Nr. 20-26 / E 00873 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 25 - Laim vom 18.10.2022

Mehr Sicherheit für Fußgänger

Empfehlung Nr. 20-26 / E 00879 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 25 - Laim vom 18.10.2022

Gebühr für Anwohnerparklizenz wird erhöht und nach Größe der Kraftfahrzeuge gestaffelt

Empfehlung Nr. 20-26 / E 01072 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 03 - Maxvorstadt vom 15.11.2022

Abstellmöglichkeiten für Motorroller für gefahrlose Nutzung der Gehwege

Empfehlung Nr. 20-26 / E 01040 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 02 - Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt vom 16.11.2022

Tiefgarage der Patentämter für Besucher*innen des Deutschen Museums und Auer Dult öffnen

Empfehlung Nr. 20-26 / E 01853 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 05 - Au-Haidhausen am 09.04.2024

Sitzungsvorlagen Nr. 20-26 / V 11904

Anlage:

45. Änderungsantrag Nr. 20-26 / A 05228 von der Fraktion ÖDP/München-Liste

Hinweis/Ergänzung zum

Beschluss des Mobilitätsausschusses vom 11.12.2024 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Hinweis/Ergänzung zum Vortrag und Antrag des Referenten:

Im Mobilitätsausschuss am 13.11.2024 wurde der folgende Änderungsantrag (Anlage 45) eingebracht. Die Beschlussfassung über die Beschlussvorlage wurde auf den Mobilitätsausschuss am 11.12.2024 vertagt.

In der Druckversion der Beschlussvorlage vom 13.11.2024 ist die Abbildung 4 auf Seite 30 nicht gedruckt worden. Die fehlende Abbildung wird hier ergänzt:

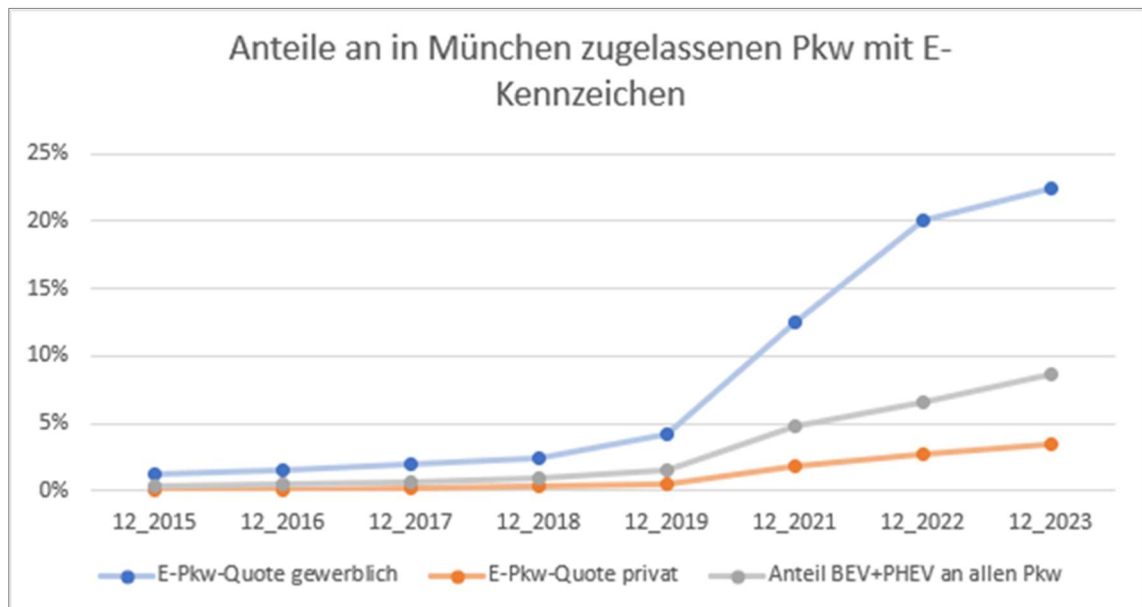


Abbildung 4: Zulassungszahlen Pkw mit E-Kennzeichen (Stand 2023)

(BEV = Elektroauto mit Batterie, PHEV = Plug-in-Hybrid)

Quelle: Mobilitätsreferat, LHM

1. Änderungsantrag Nr. 20-26 / A 05228 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 13.11.2024

Der Antrag des Referenten soll wie folgt ergänzt werden:

Punkt 1 neu:

„Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, die Teilstrategie Management des öffentlichen (Straßen-)Raums (...) gesamtheitlich umzusetzen und im Rahmen der AG Management des öffentlichen (Straßen-)Raums die dafür notwendigen Maßnahmen gemeinsam einzuleiten. **Zusätzlich zu den im Vortrag des Referenten eingeführten fachlichen**

Zielen wird als weiteres fachliches Ziel „Teilhabe und Barrierefreiheit“ festgelegt und entsprechend innerhalb der definierten Handlungsfelder umgesetzt.“

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Dem vorliegenden Antrag wird zugestimmt. Das Mobilitätsreferat wird bei der Umsetzung der Handlungsfelder und Maßnahmenpakete auf die Anforderungen aus den Themenfeldern Inklusion, gender- und sozialgerechte Mobilitätsplanung achten. Dies steht im engen Zusammenhang mit der in Arbeit befindlichen Teilstrategie „Mobilität für alle“ im Rahmen der Mobilitätsstrategie 2035.

Punkt 22 neu:

„Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, ein Konzept zur Mittelverwendung (Mobilitätswendebudget) zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzustellen. **Finanziert werden sollen dadurch vor allem zusätzliche Mobilitätsangebote sowie Projekte, die ein verändertes Mobilitätsverhalten Richtung Mobilitätswende zum Ziel haben.**“

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Dem vorliegenden Antrag wird zugestimmt. Im Kapitel 3 der Beschlussvorlage werden Beispiele für eine mögliche Mittelverwendung aufgezeigt. Die Ergänzung in Punkt 22 werden als Hinweis für die weitere Ausgestaltung des Konzepts zur Mittelverwendung aufgenommen.

Dem Änderungsantrag der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 13.11.2024 kann entsprochen werden.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen ändert sich der Antrag des Referenten wie aus nachstehender Ziffer II. ersichtlich.

Die Änderungen im Antrag des Referenten gegenüber der Beschlussvorlage vom 13.11.2024 sind im **Fettdruck** dargestellt.

II. Antrag des Referenten

Ich beantrage Folgendes:

1. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, die Teilstrategie Management des öffentlichen (Straßen-)Raums gemäß den Ausführungen im Vortrag des Referenten gesamtheitlich umzusetzen und im Rahmen der AG Management des öffentlichen (Straßen)Raums die dafür notwendigen Maßnahmen gemeinsam einzuleiten. **Zusätzlich zu den im Vortrag des Referenten eingeführten fachlichen Zielen wird als weiteres fachliches Ziel „Teilhabe und Barrierefreiheit“ festgelegt und entsprechend innerhalb der definierten Handlungsfelder umgesetzt.**

2. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt eine Potentialanalyse zur Identifizierung möglicher Flächen und Standorte für Quartiersgaragen erstellen zu lassen.
3. Das Mobilitätsreferat wird gebeten, in Abstimmung mit dem Baureferat und Kreisverwaltungsreferat, die Parkraumbewirtschaftung (wie z.B. im Domagkpark) auf weitere Neubaugebiete sowie bei Nachverdichtungen in Bestandsquartieren und ggf. auch in umliegenden Straßenabschnitten auszudehnen (z.B. Freiham, Prinz-Eugen-Park, Entwicklungsgebiete im Münchner Norden, Appenzeller Str./Fürstenried West).
4. Das Baureferat wird gebeten, nach Bereitstellung von ausgearbeiteten Planungsunterlagen von neuen Gebieten durch das Mobilitätsreferat die notwendigen Mittel und Ressourcen im nächstmöglichen Eckdatenverfahren für die schnellstmögliche Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in den oben genannten neuen vom Stadtrat beschlossenen Gebieten (s. Antrags-punkt 4) anzumelden und die zur Umsetzung erforderlichen Schritte nach Mittelbereitstellung zu veranlassen.
5. Das Kreisverwaltungsreferat wird gebeten, die notwendige Kapazitätsausweitung der Kommunalen Verkehrsüberwachung (KVÜ) zu veranlassen, um eine Parkraumbewirtschaftung in den oben genannten Gebieten (s. Antragspunkt 4) einzuführen.
6. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, gemeinsam mit Wirtschaftsvertreter*innen und in enger Abstimmung mit der Teilstrategie Wirtschaftsverkehr ein Konzept für ein stadtweites Netz an Parkplätzen für den Wirtschaftsverkehr (Laden, Liefern und Leisten) zu erarbeiten. Das Konzept sieht zur Erhöhung der Verfügbarkeit eine verstärkte Überwachung der Parkplätze vor.
7. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, sich weiterhin beim Freistaat Bayern für die Aufhebung des Parkgebührenrahmens einzusetzen.
8. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, sich weiterhin für die Aufhebung des Gebührenrahmens für Bewohnerparklizenzen beim Freistaat einzusetzen.
9. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, zu prüfen in welcher Form Parkgebühren an E-Ladesäulen erhoben werden können, um der Dauerbelegung entgegenzuwirken.
10. Die kommunale Verkehrsüberwachung des Kreisverwaltungsreferates wird gebeten, ab dem 01.08.2025 keine Fahrzeuge mit einer Fahrzeuglänge von 5,50 m und mehr in den Bewohnerparkausweis einzutragen. Bürger*innen, die zu diesem Zeitpunkt bereits einen Bewohnerparkausweis für ein Fahrzeug ab einer Länge von 5,50 Meter haben, erhalten für dieses Fahrzeug auch weiterhin einen Bewohnerparkausweis.
11. Vorbehaltlich einer vorherigen Abstimmung zwischen dem Mobilitätsreferat, Dehoga Bayern und unmittelbar betroffenen Beherbergungsbetrieben wird die kommunale Verkehrsüberwachung des Kreisverwaltungsreferates gebeten, künftig ab dem 01.08.2025 Hotels und Beherbergungsbetrieben – wie allen anderen gewerblichen Anlieger*innen – nur noch einen Parkausweis auszustellen.

12. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, im Benehmen mit der kommunalen Verkehrsüberwachung des Kreisverwaltungsreferates rechtlich zu klären, ob und unter welchen Bedingungen Anwohner*innen in Wohngebäuden mit Kfz-Stellplatzreduzierung von der Erteilung von Bewohnerparkausweisen ausgeschlossen werden können.
13. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt künftig grundsätzlich kein Gehwegparken mehr anzuordnen. Sollte es im Einzelfall zwingend notwendig sein, Gehwegparken mittels Zeichen 315 StVO anzuordnen, muss eine Restgehwegbreite von min. 2,50 m verbleiben.
14. Das Mobilitätsreferat wird gebeten, in Abstimmung mit dem Polizeipräsidium München und dem Kreisverwaltungsreferat, das in Kapitel 2.4. „Maßnahmencluster: Verkehrssicherheit“ geschilderte Vorgehen zur Unterbindung von geduldetem und rechtswidrigem Gehwegparken umzusetzen.
15. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt die Abstellsituation für motorisierte Zweiräder (Mikromobilität, Roller, Motorräder) weiter zu verbessern und hierfür geeignete Maßnahmen (z. B. geteilte dezidierte Abstellflächen und Ausweisung weiterer Abstellverbotszonen) zu ergreifen.
16. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt mit den Anbieter*innen von E-Motorrollern im Shared Mobility Betrieb eine vertragliche Vereinbarung abzuschließen, um dem rechtswidrigen Gehwegparken dieser Fahrzeuge entgegenzuwirken. Bei der Vereinbarung darf für die E-Motorroller auf eine Parkgebührenerhebung verzichtet und gemäß § 4 Abs. 5 Parkgebührenordnung von der Gebührenpflicht abgewichen werden.
17. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt die rechtlichen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen für die Verbesserung der Sanktionierungsmöglichkeiten von regelwidrigem Parken und Halten im öffentlichen Straßenraum zu prüfen.
18. Durch diese Beschlussvorlage entstehen keine zusätzlichen Kosten. Alle benötigten finanziellen Mittel und Ressourcen zur Weiterentwicklung des digitalen Parkens wurden in dem Beschluss Parken 4.0 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 10913 vom 20.12.2023) beschlossen.
19. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt Möglichkeiten für die Weiterentwicklung des Parkleitsystems aufzuzeigen und dem Stadtrat vorzulegen.
20. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, ein Konzept zur Ausstattung von Sonderparkplätzen (Behindertenparkplätze, E-Ladesäulen, Carsharingparkplätze oder Lade- und Lieferzonen) mittels Detektion zu erarbeiten.
21. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, entsprechend den vorhandenen Kriterien weitere Lizenzgebiete auszuweisen. Zur Beschleunigung des Prozesses wird die Gesamtstadt als potenzielles Untersuchungsgebiet festgesetzt.
22. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, ein Konzept zur Mittelverwendung (Mobilitätswendebudget) zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzustellen. **Finanziert**

werden sollen dadurch vor allem zusätzliche Mobilitätsangebote sowie Projekte, die ein verändertes Mobilitätsverhalten Richtung Mobilitätswende zum Ziel haben.

23. Der Antrag Nr. 20-26 / A 00364 von Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Sebastian Schall vom 14.08.2020 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
24. Der Antrag Nr. 20-26 / A 00427 von Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Hans Hammer vom 21.09.2020 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
25. Der Antrag Nr. 20-26 / A 00846 von Herrn StR Hans Hammer vom 10.12.2020 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
26. Der Antrag Nr. 20-26 / A 00940 von Herrn StR Prof. Dr. Hans Theiss, Herrn StR Hans Hammer vom 20.01.2021 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
27. Der Antrag Nr. 20-26 / A 01331 von Frau StRin Sabine Bär, Herrn StR Hans Hammer, Frau StRin Alexandra Gaßmann vom 19.04.2021 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
28. Der Antrag Nr. 20-26 / A 01443 von Herrn StR Alexander Reissl, Frau StRin Alexandra Gaßmann, Frau StRin Veronika Mirlach, Herrn StR Fabian Ewald vom 12.05.2021 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
29. Der Antrag Nr. 20-26 / A 01844 von Frau StRin Alexandra Gaßmann vom 19.08.2021 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
30. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02631 von Frau StRin Sonja Haider, Frau StRin Nicola Holtmann, Herrn StR Dirk Höpner, Herrn StR Tobias Ruff vom 07.04.2022 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
31. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02633 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 07.04.2022 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
32. Der Antrag Nr. 20-26 / A02923 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 15.07.2022, ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
33. Der Antrag Nr. 20-26 / A02995 von der Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Hans Hammer vom 04.08.2022, ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
34. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03108 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 29.09.2022 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
35. Der Antrag Nr. 20-26 / A 4166 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 21.09.2023 ist damit geschäftsordnungsmäßig behandelt.

36. Der Antrag Nr. 20-26 / A 04167 von der Fraktion ÖDP/München-Liste vom 21.09.2023 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
37. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 01841 Abschnitt 1 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 13 – Bogenhausen vom 26.10.2017 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
38. Die Empfehlung Nr. 14-20/ E 02334 der Bürgerversammlung des 18. Stadtbezirkes Untergiesing - Harlaching vom 15.11.2018 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
39. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 02950 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 06 – Sendling vom 24.10.2019 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 4 Gemeindeordnung behandelt.
40. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 03003 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 18 – Untergiesing – Harlaching vom 07.11.2019 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
41. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 03066 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 07 – Sendling – Westpark vom 19.11.2019 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
42. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 03112 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 03 – Maxvorstadt vom 28.11.2019 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
43. Die Empfehlung Nr. 14-20 / E 03165 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 09 – Neuhausen – Nymphenburg vom 28.11.2019 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
44. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 00136 der Bürgerversammlung des 03. Stadtbezirkes Maxvorstadt vom 09.07.2021 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
45. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 00216 der Bürgerversammlung des 01. Stadtbezirkes Altstadt - Lehel vom 12.07.2021 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
46. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 00244 der Bürgerversammlung des 01. Stadtbezirkes Altstadt - Lehel vom 12.07.2021 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
47. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 00838 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 01 - Altstadt-Lehel vom 15.09.2022 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.

48. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 00845 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 01 - Altstadt-Lehel vom 15.09.2022 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
49. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 00873 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 25 - Laim vom 18.10.2022 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
50. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 00879 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 25 - Laim vom 18.10.2022 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
51. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 01072 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 03 - Maxvorstadt vom 15.11.2022 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
52. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 01040 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 02 - Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt vom 16.11.2022 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
53. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 01853 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 05 - Au-Haidhausen vom 09.04.2024 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 Gemeindeordnung behandelt.
54. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss
nach Antrag

Über den Beratungsgegenstand wird durch die Vollversammlung des Stadtrates endgültig entschieden.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in

Georg Dunkel
Berufsmäßiger Stadtrat



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 13.11.2024

Änderungsantrag
Für die Sitzung des Mobilitätsausschusses vom 13.11.2024 (VB) –
Sitzungsvorlage 20-26 / V 11904
Mobilitätsstrategie 2035
Teilstrategie: Management des öffentlichen (Straßen-)Raums

Teilhabe und Barrierefreiheit als fachliches Ziel festlegen
Mobilitätswende-Projekte finanzieren

Öffentliche Sitzung TOP 1

| | |
|--------------------------|---|
| Ziffer 1 ergänzt | Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, die Teilstrategie Management des öffentlichen (Straßen-)Raums (...) gesamtheitlich umzusetzen und im Rahmen der AG Management des öffentlichen (Straßen-)Raums die dafür notwendigen Maßnahmen gemeinsam einzuleiten. Zusätzlich zu den im Vortrag des Referenten eingeführten fachlichen Zielen wird als weiteres fachliches Ziel „Teilhabe und Barrierefreiheit“ festgelegt und entsprechend innerhalb der definierten Handlungsfelder umgesetzt. |
| Ziffer 2-21 | unverändert |
| Ziffer 22 ergänzt | Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, ein Konzept zur Mittelverwendung (Mobilitätswendebudget) zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzustellen. Finanziert werden sollen dadurch vor allem zusätzliche Mobilitätsangebote sowie Projekte, die ein verändertes Mobilitätsverhalten Richtung Mobilitätswende zum Ziel haben. |
| Ziffer 23-54 | unverändert |

Begründung:

Zu Ziffer 1: Für Menschen mit (Mobilitäts-)Einschränkungen ist ein geordneter und zuverlässig vorhandener öffentlicher Raum essenziell, um am öffentlichen Leben sicher teilhaben zu können. Zugeparkte oder verstellte Gehwege bilden nicht selten eine existentielle Gefahr, wenn dadurch auf die Fahrbahn ausgewichen werden muss. Mindestens aber bedeuten diese große Umwege, die bei (Mobilitäts-)Einschränkungen umso mehr ins Gewicht fallen.

Teilhabe und Barrierefreiheit ist kein soziales „add-on-Thema“, sondern für die Menschen, die es betrifft, essenziell, um am öffentlichen Leben teilzuhaben! Die barrierefreie Nutzung der öffentlichen Infrastruktur z.B. auf Gehwegen zu ermöglichen, muss daher ein selbstverständliches übergeordnetes fachliches Ziel sein und entsprechend als solches formuliert werden.

Aspekte der Barrierefreiheit werden zwar in der Vorlage bei den Themen Sicherheit (S.11), Aufenthalt (S.15), Auswirkungen auf die Teilstrategie Soziale Gerechtigkeit (S.18) oder Sturzgefahr durch Hindernisse (S.33) aufgegriffen. Diese Punkte wurden jedoch erst aus der Stellungnahme des Behindertenbeirats aufgenommen und nicht von Anfang an integriert. Es muss für die Landeshauptstadt München und sein Mobilitätsreferat ein zentrales Anliegen sein, insbesondere für Bürger:innen mit (Mobilitäts-)Einschränkungen die Teilhabe zu verbessern. Dies darf nicht nur in einer eigenen Teilstrategie stehen, sondern muss sich als Zielsetzung auch in den anderen Teilstrategien durchziehen, da Inklusion und Barrierefreiheit als Querschnittsaufgabe der LHM definiert sind und es in der Dienstanweisung Inklusion dazu verbindliche Vorgaben gibt. Es ist daher dringend notwendig, in der vorliegenden Beschlussvorlage als zusätzliches fachliches Ziel „Teilhabe und Barrierefreiheit“ festzulegen.

Zu Ziffer 22: Mobilitätsangebote durch das neue Mobilitätswendebudget zu fördern, macht Sinn. Weiterhin sollte das Budget aber auch für Projekte eingesetzt werden, die zu einer verstärkten Nutzung dieser Angebote führen werden. Beispiele hierzu sind die Aktion UMPARKEN¹ oder (temporäre) Interventionen im öffentlichen Raum.

Initiative:

Sonja Haider, Mobilitätspolitische Sprecherin, Stadträtin
Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender, Stadtrat

¹ <https://www.strasse-zurueckerobern.de/geschichten/vier-wochen-ohne-auto-in-muenchen-experiment-umparken-des-digital-hub-mobility/>